

1 **Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!**

2 **Antragstellerin: Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialis-** 3 **ten**

4 Zur Weiterleitung an SPD-Parteivorstand, SPD-Parteirat, SPD-Bundestagsfraktion,
5 Vorstand des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, SPD-Fraktion im Landtag
6 von Nordrhein-Westfalen und Achim Großmann MdB

7 *Die Delegiertenkonferenz der SPD im Stadtverband Eschweiler möge beschließen:*

8 Rund 7.300 junge Menschen haben mit Beginn des letzten Ausbildungsjahres im
9 Herbst 2007 in Nordrhein-Westfalen keinen Ausbildungsplatz gefunden. Trotz eines
10 Rückgangs gegenüber dem Jahr 2006 (- 2.600) ist diese Zahl nicht akzeptabel und
11 unsere Gesellschaft kann sich diese eklatante Lücke nicht leisten.

12 Auf die Gesamtlage der Ausbildungssituation reagiert die Bundesregierung weitge-
13 hend hilf- und konzeptlos. Der Mut, wirklich wirksame Instrumente umzusetzen, fehlt
14 ihr. Im Koalitionsvertrag setzte sie vor allem „auf die gesellschaftliche Verantwortung
15 der Wirtschaft und deren Interesse an qualifiziertem Nachwuchs“ und begrüßte den
16 „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“.

17 Wir beobachten heute, dass die freiwillige Verpflichtung der Unternehmen im Rah-
18 men des so genannten Ausbildungspaktes keinen messbaren Erfolg erzielt hat. Er ist
19 gescheitert. Der Zuwachs an Betrieben, die junge Menschen ausbilden, ist nicht wie
20 erwünscht ausgefallen. Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales wahr-
21 scheinlich gut gemeinten Qualifizierungsmaßnahmen sind reine Verschiebebahnhö-
22 fe.

23 Auch der erst kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Ausbildungsbonus
24 verfehlt das Ziel, jedem jungen Menschen in eine Ausbildung zu bringen. Er sieht
25 vor, diejenigen Unternehmen finanziell mit bis zu 6.000,- Euro zu unterstützen, die
26 einen besonders förderbedürftigen Bewerber¹ eine Ausbildung ermöglichen. Dazu
27 zählt die Bundesregierung junge Menschen, deren höchster Schulabschluss ein un-
28 terdurchschnittlicher Realschulabschluss ist und darüber hinaus Bewerber, die be-

1 ¹ Ausschließlich maskuline Formen werden in diesem Text lediglich aus Gründen der besseren Les-
2 barkeit verwendet.

29 reits seit mehr als 2 Jahren einen Ausbildungsplatz suchen (so genannte Altbewer-
30 ber).

31 Dieser Ansatz ist aus verschiedenen Gründen der falsche Weg. Erstens schließt er
32 alle anderen Bewerbergruppen kategorisch aus. Zweitens wäre es gerechter und
33 ordnungspolitisch sauberer, wenn der Ausbildungsbonus nicht aus der Arbeitslosen-
34 versicherung (bis 31.12.2010 etwa 360 Mio. Euro), sondern von den Betrieben finan-
35 ziert würde, die sich ihrer Ausbildungsverantwortung verweigern. Dann müsste das
36 Programm auch nicht nur auf Altbewerber beschränkt bleiben. Eine solche solidari-
37 sche Ausbildungsfinanzierung wird aber aktuell von der Union in der Regierung blo-
38 ckiert.

39 Der Ausbildungsbonus verhindert, dass die Unternehmen ihrer gesellschaftspoliti-
40 schen Pflicht zur Ausbildung junger Menschen nachkommen.

41 Nur eine Ausbildungsplatzumlage kann Unternehmen, die ausbilden und ausbilden
42 wollen, effektiv finanziell unterstützen. Seit mehreren Jahren schon brechen die Un-
43 ternehmen ihr Versprechen, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten.
44 Die Wirtschaft muss ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und darf die Politik
45 nicht zu aussichtslosen Alternativen zwingen.

46 Bundeskanzler a. D. Gerhard (Gazprom-) Schröder hatte am 14. März 2003 im Rah-
47 men der Vorstellung der Agenda 2010 angekündigt: „Sollten die Unternehmen nicht
48 freiwillig ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, wird eine gesetzliche
49 Regelung kommen.“ Auch der SPD-Landesparteitag in NRW hat sich im Februar
50 2004 einstimmig für die Ausbildungsplatzumlage ausgesprochen.

51 Wir fordern die Unterstützer einer Ausbildungsplatzumlage auf, Kurs zu halten und
52 unterstützen Initiativen für die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes
53 **(Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Förderung des Fachkräftenach-**
54 **wuchses und der Berufsausbildungschancen der jungen Generation – Berufs-**
55 **ausbildungssicherungsgesetz – BerASichG / Deutscher Bundestag, Drucksak-**
56 **che 15/2820).**

57 Sollten Unternehmen, deren finanzielles Budget die Ausbildung junger Menschen er-
58 laubt, bis zum 30. 9. eines jeden Jahres ausbildungsplatzsuchenden jungen Men-
59 schen keine Lehrstelle anbieten, muss die Umlage für sie in Kraft treten.

60 Die Zukunftschancen junger Menschen stehen für die SPD im Mittelpunkt der Politik.
61 Deshalb ist es unsere Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass kein junger Mensch nach
62 der Schule buchstäblich vor dem Nichts steht. Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!

63 **Begründung:**

64 Eine Begründung erfolgt ggf. mündlich.